Die Zeit, 20.05.2010, S. 13.

In guter Gesellschaft

Die Integration in Deutschland funktioniert – jetzt braucht die Bundesrepublik mehr Zuwanderer

VON KLAUS J. BADE

KLAUS J. BADE

ist Vorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Bis 2007 lehrte er an der Universität Osnabrück

Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft – und in dieser Einwanderungsgesellschaft ist es eine Bürgerpflicht, ein gewisses Maß an Unübersichtlichkeit als Normallage ertragen zu lernen. Unübersichtlichkeit bedeutet, dass neue Identitäten wachsen und alte sich wandeln, dass sich unterschiedliche kulturelle Werte, Traditionen, Lebensformen und Alltagspraktiken weiter ausdifferenzieren. Das ist unausweichlich. Denn während die Zuwanderer durchschnittlich jünger sind und mehr Kinder kriegen, wird die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund immer älter – und nicht wenige Qualifizierte wandern aus.

Die Gesellschaft wird unübersichtlicher – und dennoch gelingt die Integration in Deutschland, besonders im internationalen Vergleich. Das zeigt das gerade vorgelegte erste Jahresgutachten des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), eine Repräsentativbefragung von mehr als 5600 Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft nehmen demnach an der Integration teil: 66 Prozent der Mehrheitsbevölkerung und 67 Prozent der Zuwanderer sagen, sie seien an Integration interessiert, und auch der jeweils anderen Seite bescheinigen nur 20 Prozent der Zuwanderer beziehungsweise 30 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund eine integrationsverweigernde Haltung.

Zuwanderer sagen, dass sie den Deutschen vertrauen – mehr sogar als diese sich selbst (62 zu 54 Prozent). Und unwohl fühlt sich in dem Land, in dem mittlerweile mehr als 15 Millionen Menschen eine nichtdeutsche Herkunft haben, lediglich jeder 20. befragte Zuwanderer (4,8 Prozent), aber immerhin jeder 15. Befragte ohne Migrationshintergrund (6,5 Prozent).

Die verhalten positiven Ergebnisse ziehen einen Schlussstrich unter die medialen Horrorszenarien einer angeblich »gescheiterten Integration«. Ausnahmen in bestimmten Gruppen und Bereichen bestätigen die Regel und relativieren sich zudem im internationalen Vergleich. So liegt zum Beispiel die Arbeitslosigkeit bei Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland zwar nach wie vor mehr als anderthalbmal so hoch wie bei der Mehrheitsbevölkerung. In anderen europäischen Einwanderungsländern, wie etwa den Niederlanden und Schweden, ist für Zuwanderer das Risiko, arbeitslos zu werden, aber annähernd dreimal so hoch.

Die friedliche Entwicklung zur Einwanderungsgesellschaft ist im Grunde erstaunlich, denkt man beispielsweise an das *Kühn-Memorandum*, den Bericht des ersten deutschen Ausländerbeauftragten, aus dem Jahr 1979 zurück. Damals wurde gewarnt, was man jetzt nicht (in dreistelliger Millionenhöhe) in die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien investiere, das müsse man in Zukunft für Resozialisierung und Polizei bezahlen. Dass es nicht so gekommen ist, war zweifelsohne mehr der Integrationsbereitschaft der Zuwanderer zu verdanken als den Investitionen in die Integrationsförderung. Die begannen auf Bundesebene erst mit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 – tatsächlich jährlich in dreistelliger Millionenhöhe.

Einseitige Schuldzuschreibungen an die Adresse der Politik aber bleiben vordergründig. Die Zuwanderer waren nie nur hilflos Betroffene, sondern immer zugleich auch Akteure. Und als solche verharrten sie in ihrer Mehrheit lange unschlüssig zwischen unbefristetem Arbeitsaufenthalt und definitiver Einwanderungsabsicht. So betrachtet, gab es lange eine doppelte Realitätsverkennung: Die Bundesrepublik war ein Einwanderungsland ohne Einwanderungspolitik – und die Einwanderer hatten kein Einwandererbewusstsein.

Und doch gab es klare Ursache-Folge-Relationen: Eine perspektivlose Einwanderungssituation fördert Orientierungsverlust bei den Einwanderern. Wie auch sollte Einwandererbewusstsein bei Zuwanderern entstehen, denen bis Anfang der neunziger Jahre immer wieder erklärt wurde: »Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland!«

Die Politik lief also mit, aber nicht voraus. Umso erstaunlicher ist, wie Deutschland trotz fehlender politischer Richtungsweisung in der Einwanderungsgesellschaft angekommen ist. Einen wichtigen Anteil daran hatten Praktiker aus Kommunen und Mittlerorganisationen, die die Integrationsarbeit trugen, sowie die Ausländerbeauftragten, die sich später zu Integrationsbeauftragten mauserten.

Im vergangenen Jahrzehnt nun hat die Politik auf Bundesebene, historisch zwar um ein Vierteljahrhundert verspätet, dafür aber umso kraftvoller, zu handeln begonnen. Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts (2000), mit dem Zuwanderungsgesetz (2005) und den eher gesellschaftspolitisch ausgerichteten Initiativen von Integrationsgipfel, Nationalem Integrationsplan und Deutscher Islam Konferenz (seit 2006) ist in den vergangenen zehn Jahren in Sachen Integrationspolitik mehr geschehen als in den vier Jahrzehnten zuvor. Migrations- und Integrationspolitik wurden zunehmend pragmatischer, das Thema kam schrittweise im Mainstream an.

Die Entwicklung der Einwanderungsgesellschaft in sozialem Frieden hat sich also lange ohne politische Inspiration vollzogen, zumal auch die Leuchtfeuer der Integrationspolitik – Nationaler Integrationsplan und Islamkonferenz – in der Mehrheitsbevölkerung viel bekannter geworden sind als in der Zuwandererbevölkerung und dort auch mehr bewegt haben. Die Politik hat weitere Bewährungsproben erst noch vor sich, bei denen der Handlungsdruck wachsen wird.

Dass Deutschland heute eine tendenziell ausgeglichene Wanderungsbilanz hat, klingt so gut wie eine ausgeglichene Zahlungsbilanz, ist es aber nicht; denn die tendenziell ausgeglichene Wanderungsbilanz verursacht bislang unzureichend erkannte Folgeprobleme für die Sozialsysteme und den Arbeitsmarkt. In einem Wohlfahrtsstaat mit strukturell alternder Bevölkerung verschärft sich bei zunehmender Abwanderung und abnehmender Zuwanderung von Menschen im besten Erwerbsalter der Reformdruck auf die Sozialsysteme. Die Akzeptanz von Politik im Wohlfahrtsstaat aber hängt entscheidend von ausgleichenden Wirtschafts- und Sozialinterventionen ab. Deshalb weicht die Politik hier schmerzhaften Entscheidungen bislang aus. Je länger aber mit den überfälligen Sozialreformen gewartet wird, desto einschneidender werden sie am Ende sein.

Sollte eine neue Finanz- und Wirtschaftskrise nicht alles zunichtemachen, könnten – Modellrechnungen zufolge – schon im Jahr 2015 in Deutschland etwa drei Millionen Arbeitskräfte fehlen (Prognos AG 2009). Zu quantitativen Defiziten kommen qualitative: Deutschland leidet unter einem Braindrain. Abwanderer sind tendenziell qualifizierter und wirtschaftlich leistungsstärker als Deutschlands Zuwanderer und als die Erwerbsbevölkerung insgesamt.

Um wirtschaftlich zukunftsfähig zu bleiben, braucht das Land also nicht nur Konzepte für eine – auch nachholende – Bildungs- und Qualifikationsoffensive, sondern zugleich auch Strategien für die Förderung bedarfsorientierter, qualifizierter Zuwanderung. Über einige Andeutungen im Koalitionsvertrag jedoch ist die Politik bei der gezielten Zuwanderungsförderung bislang nicht hinausgekommen.

Dabei sind die Grenzen der Gestaltbarkeit enger geworden. Migration kann heute nur noch gegenüber Drittländern außerhalb der EU gesteuert werden. Deutschland muss einfach attraktiver werden für Qualifizierte, die erwägen abzuwandern, und für solche, die zögern zuzuwandern.